



Bündnis

Bildung für eine demokratische Gesellschaft

STELLUNGNAHME / PRESSEMITTEILUNG

Bündnis Bildung für eine demokratische Gesellschaft

„30 Jahre UN-Kinderrechtskonvention -

***Kinderrechte gehören ins Zentrum der Entwicklung aller Bildungseinrichtungen!*“**

Vor 30 Jahren, am 20.11.1989, wurde die UN-Kinderrechtskonvention weltweit verabschiedet. Die KRK legt die Menschenrechte für Kinder und Jugendliche von 0-18 Jahren fest. Als das bisher weitgehendste Menschenrechtsdokument umfasst sie bürgerliche, politische und soziale und kulturelle Rechte für alle Kinder, und dies unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft. Deutschland hat die Konvention 1992 ratifiziert und seit der Aufhebung der Vorbehalte 2010 hat sie den Rang eines geltenden Bundesrechts. Im Gegensatz zu ihrer Bedeutung für das Leben und die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen und trotz etlicher Fortschritte ist sie weder bei allen Kindern und Jugendlichen sowie Erwachsenen ausreichend bekannt, noch im Leitbild und Alltag der formalen und nonformalen Bildungseinrichtungen lebendig verwirklicht.

Kinderrechte- und Demokratiebildung gehören zusammen

Menschenrechte sind ein Ergebnis eines langen Zivilisierungsprozesses. Ihre Sicherung und Weiterentwicklung sind eine nachhaltige Aufgabe einer Demokratie, die sich als Staats-, Gesellschafts- und Lebensform versteht. Sie erfordert einen demokratischen Habitus, gerade in Zeiten, in denen universelle Menschlichkeit durch Nationalismus und Rassismus zunehmend in Frage gestellt werden. Die Qualität einer demokratischen und solidarischen Gesellschaft muss sich an der vollständigen Umsetzung der UN-KRK und ihrer grundlegenden Prinzipien des Kindeswohls, von Gleichheit und Nicht-Diskriminierung, von Schutz, Förderung und Partizipation bemessen lassen. Bildungseinrichtungen wie Kitas, Schulen, aber auch außerschulische Angebote spielen dabei eine wichtige Rolle. Die UN-KRK adressiert alle Erwachsenen als Pflichtenträger: Sie sind verantwortlich dafür, dass Kinder und Jugendliche ihre Rechte kennen und erleben sowie ermutigt werden, diese auch einzufordern. Kinder und Jugendliche sind somit Rechte-Inhaber und werden als eigenständige Subjekte in den Blick genommen. Damit sind sie nicht länger „Objekte“ von Bildung und Erziehung. Dieser rechte-basierte Paradigmenwechsel verlangt nach einer Neuausrichtung aller Lernorte hin zu beteiligungsorientierten Bildungsformen. Das erfordert eine Haltung, Wissen, und Handlungskompetenzen bei allen beteiligten Professionen und ihre systematische Förderung durch eine verantwortliche Bildungspolitik auf allen Ebenen.

Kinderrechtsbildung hat viele Übereinstimmungen und Überschneidungen zu benachbarten Themenfeldern wie Menschenrechtsbildung, Demokratiepädagogik, Politische Bildung und globales Lernen.

Das Bündnis Bildung für eine demokratische Gesellschaft will dazu beitragen, die verschiedenen Bildungskonzepte für eine soziale, weltbürgerliche und ökologisch nachhaltige Entwicklung für einen

gemeinsamen Austausch und gemeinsames Handeln zusammenzubringen und engagiert sich für die Stärkung der Kinderrechte in der Gesellschaft sowie im Bildungsbereich und fordert die Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz.

Erstunterzeichner*innen

aus dem Bündnis „Bildung für eine demokratische Gesellschaft“

(Stand 20. November 2019)

- Makista e. V. (Sonja Student, Vorstandsvorsitzende), Verfasserin der Stellungnahme
- Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik DeGeDe e. V. (Martin Nanzig & Josef Blank, GF Vorstände), Koordination der Bündnis-Öffentlichkeitsarbeit
- Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband BLLV e. V. (Dr. Fritz Schäffer, Abt. Schul- und Bildungspolitik)
- Bundesverband der Freien Alternativschulen (BFAS) e. V. (Tilman Kern, Geschäftsführung)
- BildungsCent e. V. (Silke Ramelow, Vorstand)
- Deutscher Verein zur Förderung der Lehrerinnen und Lehrerfortbildung DVLF e. V. (Dr. Rolf Hanisch, Vorsitzender)
- Ganztagschulverband e. V. (Eva Reiter, Bundesvorsitzende)
- Grundschulverband e. V. (Michael Töpler, Fachreferat Eltern und Schule)
- Internationaler Bund (IB) e. V. (Karola Becker, Vorstand)
- KinderRechteForum gUG (Üwen Ergün, Geschäftsführer)
- Pestalozzi-Fröbel-Haus, Berlin (Prof. Dr. Ludger Pest, Direktor)
- Projekt „jungbewegt – für Engagement und Demokratie“ der Bertelsmann Stiftung (Dr. Gerd Placke, Senior Projekt Manager)
- Projekt "Reckahner Reflexionen zur Ethik pädagogischer Beziehungen" (Prof. Dr. Annedore Prengel)
- Stadt Hanau, „Kinderfreundlichen Kommune“ (Der Oberbürgermeister)
- Stiftung Bildung (Johannes Domnick, Referent für BNE und Partizipation)
- Stiftung Lernen durch Engagement – Service-Learning in Deutschland SLIDE gGmbH (Sandra Zentner, Geschäftsführung)
- UNICEF Deutschland (Dr. Sebastian Sedlmayr, Leiter Abteilung Kinderrechte und Bildung)
- Zukunftsstiftung Bildung der GLS Treuhand (Matthias Riepe, Geschäftsführer)

Hinweis:

Gegenwärtig wird dieser Text durch Medienverteiler in Umlauf gebracht. Deswegen ist die Liste der Unterzeichner*innen noch nicht abgeschlossen.

Hintergrund

Das Bündnis Bildung für eine demokratische Gesellschaft wurde am 10. Juni 2018 in Berlin gegründet und umfasst rund 70 zivilgesellschaftliche Organisationen und staatliche Stellen. Die Partner*innen verbindet ein gemeinsames Demokratie-verständnis, welches Demokratie als menschenrechte-basierte Staats-, Gesellschafts- und individuelle Lebensform begreift und damit ein breites Spektrum verwandter Themenfelder, wie Demokratiepädagogik und politische Bildung, Kinder- und Menschenrechtbildung, Bildung für nachhaltige Entwicklung, kulturelle Bildung oder die Förderung bürgerschaftlichen Engagements umfasst.

Informationen zum Bündnis unter: www.bildungdemokratie.de/